Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2670**
16. Wahlperiode 22. 09. 2006

Fragen

für die Fragestunde der 53. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 27. September 2006

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter **Jan Mücke** (FDP)

Welche Vorbehalte nach dem Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge hätte die Bundesrepublik Deutschland bei ihrem Beitritt zum Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt völkerrechtlich wirksam erklären können, um der kommunalen Selbstverwaltung den notwendigen Entscheidungsspielraum im Rahmen der Ziele des Übereinkommens zu sichern?

2. Abgeordneter **Jan Mücke** (FDP)

Gibt es Möglichkeiten, das Recht der Kommunen, in eigener Verantwortung über Denkmalpflege und Landschaftsschutz in ihrem eigenen Bereich im Rahmen der Gesetze zu entscheiden, noch nachträglich gegenüber der UNESCO zu sichern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

3. Abgeordnete **Sibylle Laurischk** (FDP)

Welche Auswirkungen der Unterhaltsrechtsreform erwartet die Bundesregierung auf die Zahlungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz vor dem Hintergrund, dass minderjährige Kinder in den ersten Rang der Unterhaltsberechtigten rücken?

4. Abgeordnete **Sibylle Laurischk** (FDP)

Welche Auswirkungen auf die Zahlungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz durch die Einführung des Elterngeldes erwartet die Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

5. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung eine Entscheidung des Koalitionsausschusses darüber bekannt, ob es ein Endlagersuchgesetz geben wird, und wenn ja, welchen Inhalt hat dieser Beschluss?

6. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung Informationen beim Kraftwerksbetreiber von Biblis A oder bei der hessischen Atomaufsichtsbehörde darüber eingeholt, ob die Funktionsprüfungen, die am 15. September dieses Jahres zur Schnellabschaltung des Reaktors geführt haben, im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Störfalls im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark standen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

7. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der „Berliner Rede“ von Bundespräsident Horst Köhler, die er am 21. September 2006 in der Kepler-Schule in Berlin gehalten hat?

8. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Debatte um die Generation Praktikum Änderungen im Berufsbildungsgesetz, und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

9. Abgeordneter **Hans-Joachim Otto (Frankfurt)** (FDP)

Gibt der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, die Auffassung der gesamten Bundesregierung wieder, wenn er sich dafür ausspricht, den aktuellen Rundfunkgebührenstaatsvertrag, der Rundfunkgebühren für „neuartige Rundfunkempfangsgeräte“ wie PC und Handy-TV ab 1. Januar 2007 vorsieht, so nicht umzusetzen?

10. Abgeordneter **Hans-Joachim Otto (Frankfurt)** (FDP)

Kann nach Einschätzung der Bundesregierung die Höhe der monatlichen Gebühr für „neuartige Rundfunkempfangsgeräte“ von 17,03 auf 5,52 Euro ohne eine Änderung des Rundfunkgebührenstaatsvertrages reduziert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

11. Abgeordnete **Grietje Bettin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist für die, laut Antwort des damaligen Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung, Walter Kolbow, vom 23. November 2004 auf die schriftliche Frage 40 des Abgeordneten Jürgen Koppelin auf Bundestagsdrucksache 15/4295, am inzwischen aufgegebenen Marinestützpunkt in Olpenitz vorhandenen 31 Kontaminationsverdachtsflächen zum jetzigen Zeitpunkt eine Bewertung erfolgt, und wenn ja, welche Ergebnisse hat diese Bewertung erbracht?

12. Abgeordnete **Grietje Bettin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Falls noch nicht geschehen, zu welchem Zeitpunkt ist eine Bewertung vorgesehen, und welche Folgen ergeben sich aus einer möglichen Altlastensanierung für den Verkauf des Geländes und die Planung und Umsetzung der Nachfolgenutzung?

13. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Mitarbeiter (in Vollzeitäquivalenten) sind im Bundesministerium der Finanzen (BMF) mit der Dienst- und Fachaufsicht der Bundeanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht beschäftigt, und auf welche Quellen und Informationen stützen sich diese Mitarbeiter, um diese Aufsicht durchführen zu können?

14. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche allgemeinen für Bundesbehörden gültigen Richtlinien und Anweisungen in Bezug auf interne Abläufe, Korruptionsprävention, Beschaffung und Personalakquise, sind für die Bundesansalt für Finanzdienstleistungsaufsicht einschlägig, und wie wird die Umsetzung solcher Vorgaben durch die Bundesregierung geprüft?

15. Abgeordnete **Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann wurde der Prüfbericht der Innenrevision dem BMF zugestellt, und welche Maßnahmen hatte das BMF daraufhin ergriffen?

16. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche speziellen Anweisungen des BMF gab es in Bezug auf interne Abläufe, Korruptionsprävention, Beschaffung und Personalakquise an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, und wie wurde die Umsetzung dieser Vorgaben durch das BMF geprüft?

17. Abgeordneter
Dr. Konrad Schily
(FDP)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Mehrkosten eines Basistarifs, die auf die Alt-PKV-Versicherten bei einem Ausgleich für Vorerkrankungen und für Zuschüsse ab Erreichen einer bestimmten Einkommensbelastung durch die Prämie sowie die Mitgabe von Altersrückstellungen zukommen, und wie viele PKV-Versicherte werden angesichts dieser Mehrbelastungen sowie der Bindung des Arbeitgeberbeitrages an den Basistarif ihrer Einschätzung nach in den alten Tarifen der PKV verbleiben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

18. Abgeordneter
Dr. Konrad Schily
(FDP)

Hat die Bundesregierung die Notwendigkeit einer Spezifizierung kartellrechtlicher Regelungen im Hinblick unter anderem auf kassenartenübergreifende Fusionen, die Aufgaben der Dachverbände, Zusammenschlüsse im Zuge zum Beispiel des flächendeckenden Angebots von hausarztzentrierter Versorgung, die Festsetzung von Höchstbeträgen für patentgeschützte Arzneimittel, geprüft, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

19. Abgeordneter
Hans-Kurt Hill
(DIE LINKE.)

In welcher Weise sieht die Bundesregierung die im April dieses Jahres getroffenen Vereinbarungen des ersten Energiegipfels durch Äußerungen von Konzernvorständen der gipfelteilnehmenden Konzerne RWE und Vattenfall Europe, angekündigte Investitionen in den Kraftwerkspark und die Netzinfrastruktur möglicherweise zurückzuziehen, beeinträchtigt?

20. Abgeordneter
Hans-Kurt Hill
(DIE LINKE.)

Wird die Bundesregierung die Zusammensetzung der Teilnehmer oder die Reihenfolge zur Anhörung der Teilnehmer auf dem zweiten Energiegipfel am 9. Oktober 2006 verändern, um die Position der

Vertreter der Bereiche erneuerbare Energien, Verbraucherschutz, Wissenschaft und Umwelt-/Klimaschutz gegenüber den vom ersten Energiegipfel anzahlmäßig dominierenden Vertretern der klassischen Energiewirtschaft bzw. energieverbrauchenden Industrie zu optimieren, und wenn ja, in welcher Weise?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

21. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (FDP)

Wann kann damit gerechnet werden, dass die Bundesregierung, wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD zugesagt, im Jahr 2006 ein Konzept vorlegt, welches dauerhaft die Grundlage für ein leistungsfähiges, solidarisches und demographiefestes Gesundheitswesen sichert?

22. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (FDP)

Gelten die Aussagen des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD im Bereich Gesundheit nach wie vor für die Bundesregierung?

23. Abgeordneter **Heinz Lanfermann** (FDP)

Wie sind die Aussagen in den Eckpunkten, dass im Rahmen der privatärztlichen Gebührenordnung Abweichungen vom Umfang des Leistungsverzeichnisses und Abweichungen innerhalb des privatärztlichen Gebührenrahmens (Steigerungssätze) weiterhin möglich bleiben, nach Auffassung der Bundesregierung vereinbar mit der Verpflichtung der privaten Krankenversicherung, in einem Basistarif, in dem sich aufgrund der Ausgestaltung der Großteil der PKV-Versicherten befinden wird, nur Leistungen angeboten werden dürfen, die in Art und Höhe den GKV-Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung entsprechen?

24. Abgeordneter **Heinz Lanfermann** (FDP)

Sieht die Bundesregierung die in den Eckpunkten enthaltene Aussage, dass das plurale System des deutschen Gesundheitswesens im Sinne eines fairen Wettbewerbs zwischen den privaten Krankenversicherungen und den gesetzlichen Krankenkassen erhalten und daher die privaten Krankenversicherungen auch zukünftig als Vollversicherer im Markt bleiben müssten, als erfüllt an, wenn neue PKV-Versicherte nur noch die Möglichkeit haben, einen Ba-

sistarif zu wählen, dessen Leistungsangebot identisch mit dem der gesetzlichen Krankenversicherung sein muss, dessen Vergütung der der Ersatzkassen entsprechen muss und der einen Risikostrukturausgleich beinhaltet, aus dem ab einer bestimmten Belastungsgrenze ein Auskommensausgleich für die Versicherten gezahlt wird sowie ein Ausgleich für Erkrankungsrisiken erfolgt?

25. Abgeordneter **Daniel Bahr (Münster)** (FDP)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung im Rahmen der geplanten Gesundheitsreform die wettbewerbliche Komponente eines Einheitsbeitrages ergänzt um eine begrenzte Prämie ein, die maximal fünf Prozent der Gesamtausgaben ausmachen und die ein Prozent des Einkommens des einzelnen Versicherten nicht überschreiten darf?

26. Abgeordneter **Daniel Bahr (Münster)** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Kombination aus einem Gesundheitsfonds, einer staatlichen Festsetzung eines Einheitsbeitrages für die gesetzliche Krankenversicherung kombiniert mit einer in ihrer Wirkung sehr beschränkten Prämie, einen nicht auf Dauer abgesicherten Bundeszuschuss, der soweit erkennbar noch deutlich unter dem ursprünglichen Ansatz liegt, Krankenkassendachverbänden und einer Strangulierung der privaten Krankenversicherung dazu führt, dass die Krankenversicherungen zu staatlich gesteuerten Vollzugsorganen einer umfassenden Kostendämpfungspolitik werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

27. Abgeordnete **Katja Kipping** (DIE LINKE.)

Welche Ergebnisse hinsichtlich des Haushaltsansatzes 2007 – Kürzung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft im Rahmen des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch von 3,6 Mrd. Euro (2006) auf 2 Mrd. Euro (2007) – wurden im Gespräch der Bundesregierung mit sechs Ministerpräsidenten am 13. September 2006 erzielt?

28. Abgeordnete
Katja Kipping
(DIE LINKE.)

Sind die Ergebnisse des Gespräches mit den geplanten Kürzungen des Beteiligungsbetrages durch den Bund vereinbar?

29. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)

Wie steht die Bundesregierung dem in der vergangenen Woche vom SPD-Gewerkschaftsrat beschlossenen Modell zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, das laut dem SPD-Vorsitzenden Kurt Beck in die Koalitionsgespräche über Reformen des Niedriglohnsektors eingebracht werden wird, gegenüber, und beabsichtigt die Bundesregierung, bei der Reform des Niedriglohnsektors das vom Gewerkschaftsrat beschlossene oder ein anderes Modell für einen gesetzlichen Mindestlohn ernsthaft in Betracht zu ziehen?

30. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)

Kann die Bundesagentur für Arbeit die in der am 15. Oktober 2004 in Mettlach-Orscholz geschlossenen „Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung zwischen der Kultusministerkonferenz und der Bundesagentur für Arbeit“ vereinbarten schulischen Veranstaltungen zur Berufswahlvorbereitung derzeit flächendeckend anbieten, und sieht die Bundesregierung aufgrund der bestehenden Situation Handlungsbedarf zum Ausbau der berufswahlvorbereitenden Beratung an Schulen?

31. Abgeordneter
Christoph Waitz
(FDP)

Inwieweit ist das Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (Behindertengleichstellungsgesetz – BGG) gemäß der Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz durch die in § 7 Abs. 1 BGG genannten Träger hoheitlicher Gewalt im Einzelnen umgesetzt, und wie verfährt die Bundesregierung in Fällen der Nichtumsetzung?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333